

## **Volksinitiative sieht sich schon am Ziel**

Die Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ sieht sich am Ziel: Nach inoffiziellen Zahlen der AG „Haus der Offenen Tür“ haben 75 000 Bürger in NRW die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt - allein 3500 in Bochum. 66 000 sind nötig, um den Landtag zu zwingen, über die Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu debattieren und Mittel nicht zu kürzen. (WAZ)

# Jugendhäuser befürchten zahlreiche Schließungen

## Land will 2004 Mittel um 50 Prozent kürzen - Volksinitiative

Eine Kürzung von 50 Prozent der Landesmittel für die Kinder- und Jugendhäuser sieht der Entwurf des Landeshaushaltes für das Jahr 2004 vor. Die Mitarbeiter der Bochumer Häuser sehen unter diesen Umständen ihre Kinder- und Jugendarbeit stark gefährdet. Mit einer landesweiten Volksinitiative sollen Öffentlichkeit und Politiker aufgegründelt werden.

„Werden die geplanten Kürzungen in die Tat umgesetzt, schrumpfen die Landesmittel für Bochum von 880.000 Euro im Jahr 2003 auf 440.000 Euro für das Jahr 2004“, erläutert Helmut Mohr, Sprecher der Bochumer Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Haus der offenen Tür NRW (AGOT). Für 2005 sei außerdem eine Kürzung von weiteren zehn Prozent vorgesehen, und auch in diesem Jahr seien die Mittel bereits um zehn Prozent gekürzt worden.

Daneben können die Mitglieder der AGOT Bochum weitere Zahlen vorlegen. So sei der Landeshaushalt von 1988 bis 2002

um 54 Prozent gestiegen, während der Landesjugendplan in derselben Zeit um 15,7 Prozent gekürzt worden sei.

In Bochum gibt es 33 Kinder- und Jugendhäuser. Sie werden von der IFAK, den Falken, der Evangelischen Kirche, dem CVJM, der Arbeiterwohlfahrt und der Stadt betrieben. Mehrere tausend Kinder nehmen ihre Angebote jährlich in Anspruch. „Rund 2.700 Kinder davon sind regelmäßige Besucher“, so Friederike Müller, Leiterin des IFAK-Hauses in Dahlhausen.

### Migrantenkinder

Das Angebot der Bochumer Einrichtungen reicht von der nachmittäglichen Betreuung, wenn die Eltern berufstätig sind, über Fördermaßnahmen für Migrantenkinder, Bewerbungstrainings und Computerkurse bis zur Stadtranderholung und dem Programm für den Ferienpass. Rund 55 hauptamtliche Mitarbeiter kümmern sich um die Kinder und Jugendlichen.

Werden die Haushaltspläne umgesetzt, ist die Arbeit vieler Bochumer Jugendhäuser gefähr-

det, ist sich Helmut Mohr sicher.

„Die Kürzung kann nur aufgefangen werden, indem Personal entlassen und einige Häuser komplett geschlossen werden“, malt er ein düsteres Zukunftsbild. Die Stadt habe die Kinder- und Jugendhäuser bisher gut unterstützt, aber auch sie könne die Ausfälle nicht kompensieren, befürchtet Peter Germerodt vom Falkenheim an der Akademiestraße.

Um auf die drohende Situation aufmerksam zu machen, beteiligen sich die Bochumer Einrichtungen an einer landesweiten Volksinitiative zur rechtlichen Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit. Vom 1. Dezember bis 30. Januar 2004 werden im Rathaus und anderen öffentlichen Einrichtungen Unterschriftenlisten ausliegen. Gelingt es der AGOT, in dieser

### Volksinitiative

Zeit in NRW 66.000 Unterschriften zu sammeln, ist der Düsseldorfer Landtag verpflichtet, sich mit der Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit zu beschäftigen.

v.d.

BOCHUM

Mittw



In kürzester Zeit hatten die Kinder- und Jugendfreizeithäuser ihren Protestzug zum Rathaus organisiert. Hier fanden sie bei den Kommunalpolitikern volle Unterstützung, die einstimmig eine Resolution an den Landtag verabschiedeten. RN-Foto: Grosler

# Kampf gegen Kürzungen

Jugendliche und Sozialarbeiter gehen auf die Straße / Resolution verabschiedet

**Mit ohrenbetäubendem Protest und einer einstimmigen Resolution kämpfen Betroffene und Stadt gegen die geplanten Kürzungen im Landesjugendplan.**

Eine halbe Stunde vor der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses hatten die Betroffenen vor dem Rathaus auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. „Ohne Freizeithäuser sitzen wir nur noch auf der Straße“, war auf einem Plakat zu lesen. „Hier treffe ich meine Freunde“ oder „Im NJFH machen wir unsere Hausaufgaben“ hieß es an anderer Stelle. Dazu gab es ein umgedichtetes Weihnachtslied:

„Einmal werden wir noch wach - Leute, dann ist Kürzungstag.“ Bei den Politikern vor Ort rannten sie mit ihrer harschen Kritik an der Landesregierung später im doppelten Sinne offene Türen ein. Der Ausschuss ließ die Betroffenen zu Wort kommen - und erklärte sich solidarisch. Eine Resolution fand die Unterstützung aller Ausschuss-Mitglieder. Und noch in diesem Jahr soll eine weitere Resolution - dann aber im Rat - folgen.

Derzeit gibt es in Bochum 34 Kinder- und Freizeithäuser mit täglich rund 2600 Besuchern. Etliche sind durch die Kürzungen im Landesjugend-

plan jetzt in ihrer Existenz bedroht. Weitere Einschnitte drohen im Bereich der Schulen und der berufsbezogenen Jugendsozialarbeit. Hier will das Land die Mittel um rund 82 500 Euro kürzen. Damit nicht genug. Kräftig sparen will das Land auch bei der Förderung der Familienbildungsstellen und der Kindertageseinrichtung. Für die kommunalen Kindertagesstätten und die der freien Träger würden die Kürzungen einen Verlust von insgesamt 860 284 Euro bedeuten. Weil die Stadt angesichts leerer Kassen keine Möglichkeit sieht, die ausfallenden Lan-

desmittel selbst aufzubringen, fordert sie den Landtag eindringlich auf, die Kürzungen im Jugendplan zurückzunehmen. Auch die Förderung der Familienbildungsstätten und Kindertagesstätten soll im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden. „Die immer stärker nachgefragten Jugendhilfeangebote sind“, so der Appell, „mittel- und langfristige sicher zu stellen.“

Mit Almosen wie gestern die Jugendlichen - sie erhielten die eigentlich für die Politiker vorgesehenen Nikoläuse und Plätzchen - will sich die Stadt auf gar keinen Fall zufrieden geben. ■ **thas**

# Jugendeinrichtungen rufen zum Bürgerprotest auf

Noch bis zum 27. Januar 2004 können sich alle Wahlberechtigten in NRW an einer Volksinitiative beteiligen

Von Corinna Weiß

„Morgen, Kinder, wird's nichts geben“ – mit diesem umgedichteten Weihnachtslied machen die Mitarbeiter der Wattenscheider Kinder- und Jugendhäuser mobil: Gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung und für eine gesetzliche Absicherung von Kinder- und Jugendarbeit.

„Die Landesregierung will die Zuschüsse für die Offene Kinder- und Jugendarbeit um 50 Prozent kürzen. Für Wattenscheid würde das bedeuten, dass die Häuser statt der 260 000 Euro nur noch 130 000 Euro bekommen“, sagt Helmut Mohr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen in Bochum. „Wenn das Wirklichkeit wird, müssten wir Personal entlassen oder gar einen oder mehrere Standorte schließen. Die Leidtragenden sind die Kinder und Jugendlichen, die sich dann wieder mehr auf öffentlichen Plätzen aufhalten werden.“ Noch ist aber nichts entschieden. Der nordrhein-westfälische Landtag entscheidet Ende Januar über den Doppelhaushalt 2004/2005 und damit

auch über mögliche Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Um den öffentlichen Druck auf das Parlament zu erhöhen, wollen die Mitarbeiter der Jugendeinrichtungen immer donnerstags von 11 bis 16 Uhr vor dem Wattenscheider Rathaus das Gespräch mit den Bürgern suchen und mit Plakaten auf ihre Situation aufmerksam machen.

„Außerdem fordern wir alle Bürger auf, sich an der Volksinitiative für eine gesetzliche Absicherung von Kinder- und Jugendarbeit zu beteiligen“.

## Mohr: „Schluss mit beliebigen Kürzungen“

sagt Mohr. „Denn erst wenn im Gesetz festgelegt ist, dass es in einer Stadt eine bestimmte Anzahl von Jugendeinrichtungen und darin auch genügend hauptamtliche Kräfte geben muss, ist Schluss mit beliebigen Kürzungen seitens des Parlamentes.“ Mindestens 66 000 wahlberechtigte Bürger (ab 18 Jahren) müssen in NRW unterschreiben, damit sich der Landtag innerhalb von sechs Monaten noch einmal mit dem Thema beschäftigt und zu einem Beschluss kommt.



Die Mitarbeiter der sechs Wattenscheider Kinder- und Jugendhäuser wollen bis Ende Januar an jedem Donnerstag vor dem Rathaus protestieren. Sie fordern, dass die Zuschüsse für ihre Arbeit nicht gekürzt werden. WAZ-Bild: press image



## Weihnachtsmänner rufen zur Unterschrift auf

Verschenkt haben die Weihnachtsmänner, die gestern durch die Innenstadt liefen, nichts. Sie forderten die Bürger vielmehr auf, eine Unterschrift zu leisten und sich damit an der Volksinitiative für die gesetzliche Absicherung von Kinder- und Jugendarbeit zu beteiligen.

Gleichzeitig demonstrierten die Mitarbeiter der sechs Wattenscheider Jugendeinrichtungen mit Plakaten gegen die drohende 50-prozentige finanzielle Kürzung, die die nordrhein-westfälische Landesregierung im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendar-

beit plant. Bis Ende Januar wollen die Mitarbeiter jeden Donnerstag in der City präsent sein. Schließlich müssen bis zum 27. Januar 2004 66 000 wahlberechtigte Bürger in NRW die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützen, damit sich der Landtag noch einmal mit diesem

Thema beschäftigt. Die Unterschriftenlisten liegen im Bürgerbüro des Wattenscheider Rathauses aus, ein Personalausweis muss mitgebracht werden. Auch CDU-Ratsfrau Ingrid Borchert (oben) unterzeichnete die Volksinitiative. **WAZ-Bild: Klaus Micke**

# Initiative für Zentren

## Kinder- und Jugendeinrichtungen bedroht

Das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum im Ludwig-Steil-Haus bangt so wie alle Kinder- und Jugendfreizeitzentren in NRW um seine Existenz. Das Land will diesen Zentren 60 Prozent der Landesmittel kürzen.

Das hat zur Folge, dass viele der Zentren geschlossen werden müssten. Dadurch würde es nur noch wenige freizeitpädagogische Angebote geben. Und natürlich wird es auch im sozialen und pädagogischen Bereich Kündigungen geben.

Durch diese Kündigungen werden Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche wegfallen, denn Kinder- und Ju-

gendarbeit heißt nicht nur, mit ihnen Spaß zu haben und zu spielen. Es heißt auch, mit ihnen Probleme bei Eltern, Lehrern oder Freunden zu lösen.

Doch das Personal gibt nicht auf. Ab dem 27. November gibt es eine Volksinitiative. Dort können alle, die über 18 Jahre alt sind und die deutsche Staatsangehörigkeit haben, eine Liste unterschreiben, um zu zeigen, dass die Kinder- und Jugendarbeit in NRW sehr wichtig ist. Die Listen liegen in den Rathäusern aus.

■ Ludwig-Steil-Haus:

☎ 02327/8 45 37

**Anne Meier, Sabrina Gomez,  
Patrick Dambrowske, Kl. 8d  
Hauptschule WAT-Mitte**

# Existenzangst bei den Jugendhäusern

Unterschriften gegen Landeskürzungen

„Kommen die Einsparungen, dann ist für einige tausend Jugendliche keine vernünftige Betreuung mehr möglich“, sorgt sich Helmut Mohr. Er ist Sprecher der „AGOT“ (Arbeitsgemeinschaft der offenen Türen). Unter deren Dach existieren (noch) 33 Kinder- und Freizeithäuser.

„Es geht Existenzangst um“, beschreibt Mohr die Stimmung vieler Sozialarbeiter. Etwa 56 hauptamtliche Kräfte sind bei der „AGOT“ in freier Trägerschaft tätig. Sie betreuen, oft in sozialen Brennpunkten, Schulkinder, etwa von Alleinerziehenden. „Bei uns gehören Computerkurse und Bewerbungstrainings zu den Angeboten“, berichtet Friederike Müller vom Stadtteilzentrum Dahlhausen. Gruppen oder sogar ganze Einrichtungen stünden nach den Sparplänen des Landes vor dem Aus. Damit fielen auch Stellen weg.

Im Landesjugendplan, einer der Finanztöpfe für die Frei-

zeithäuser, sei 50 Prozent weniger Geld vorgesehen: 440 000 €. „Treffen sich die Kinder bald an Stromkästen und Haltestellen?“, malt Helmut Mohr düstere Aussichten.

„Von zehn Uhr morgens bis abends um halb zehn bieten wir einen Anlaufpunkt für Schulkinder“, erklärt Peter Germerodt vom Falken-Haus die soziale Funktion eines der Häuser.

Im Januar 2004 verabschiedet Düsseldorf die Haushaltsplanungen. Bis dahin soll die Politik mit einer Volksinitiative umgestimmt werden. Vom 1. Dezember 2003 bis zum 30. Januar 2004 sollen in NRW Unterschriften gesammelt werden. Im Rathaus und öffentlichen Einrichtungen sollen Listen ausliegen.

„AGOT“ hofft auf die Kooperation mit der Stadt, die Personal stellen könnte. 66 000 Unterschriften reichten, nur 0,5 Prozent der Wahlberechtigten also, damit das Land den Jugendplan neu beraten müsse.

**JöKo**